

VOR 2027: UKRAINISCHE GEFLÜCHTETE BRAUCHEN PER- SPEKTIVEN UND INTEGRATION

Inna Şupac

Project ●●●
Return and Belonging

Der vorübergehende Schutzstatus ukrainischer Geflüchteter in Deutschland endet im März 2027, bei weiterhin geringen Aussichten auf einen nachhaltigen Frieden in der Ukraine. Ohne klare Perspektiven für eine rechtliche und gesellschaftliche Integration ukrainischer Geflüchteter drohen Deutschland binnen zwölf Monaten steigende Asylanträge, administrative Überlastung sowie der Verlust wichtiger Beiträge zum Arbeitsmarkt.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

1 RECHTSSICHERHEIT FÜR UKRAINISCHE GEFLÜCHTETE GEWÄHRLEISTEN

Deutschland riskiert einen sprunghaften Anstieg von Asylanträgen, wenn der vorübergehende Schutz ausläuft. Dies würde die Effizienz der Verwaltung beeinträchtigen und das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Politik schwächen und somit genau dem Szenario entsprechen, das die Richtlinie über vorübergehenden Schutz eigentlich verhindern sollte. Die Bundesregierung muss daher dringend klare und verlässliche Bleibeperspektiven für ukrainische Geflüchtete schaffen, Rechtsunsicherheiten beseitigen und es den Betroffenen ermöglichen, ihre Zukunft zu planen.

2 NACHHALTIGE INTEGRATION IN DEN ARBEITSMARKT STÄRKEN

Ukrainische Geflüchtete sind hochqualifizierte Fachkräfte mit einschlägiger Berufserfahrung und bieten damit eine wertvolle Chance für den deutschen Arbeitsmarkt, der rund 391.000 offene Stellen verzeichnet und insgesamt schrumpft. Um dieses Potenzial zu nutzen, muss die Politik strukturelle Zugangshürden abbauen und die kurzfristige Arbeitsvermittlung durch eine umfassende Integrationsstrategie ersetzen, die auf nachhaltige Beschäftigung und stabile Erwerbsverläufe abzielt.

3 KLARE, KOHÄRENTE UND ZEITNAHE KOMMUNIKATION SICHERSTELLEN

Unzureichende oder veraltete Informationen zu Programmanforderungen, politischen Neuerungen oder Verfahrensänderungen führen bei Geflüchteten zu Verunsicherung. Dies begünstigt die Verbreitung von Fehlinformationen und belastet zugleich die Verwaltung zusätzlich: Unklare Vorgaben ziehen vermehrte Anfragen und unnötige Behördengänge nach sich. Um dem entgegenzuwirken, sollte die Bundesregierung verschiedene Kommunikationskanäle etablieren, über die ukrainischen Geflüchteten zeitnah genaue, verlässliche und leicht zugängliche Informationen bereitgestellt werden können.

HINTERGRUND

Ein Ende der Kampfhandlungen in der Ukraine wird nicht zwangsläufig eine Rückkehrwelle ukrainischer Geflüchteter aus Deutschland mit sich bringen. Auch nach einem etwaigen Friedensschluss, wird die Situation in der Ukraine fragil bleiben – was Geflüchtete zögern lässt, Rückkehrentscheidungen zu treffen, die unter Umständen unumkehrbar sind.

Wir sehen kein Ende des Krieges. Selbst wenn ein Waffenstillstand erreicht wird, glaubt niemand wirklich, dass er hält – die Angst, dass die Kämpfe wieder ausbrechen, ist immer da (Interview, Deutschland, Oktober 2025).

Neben Sicherheit und Stabilität werden die Rückkehrabsichten ukrainischer Geflüchteter von weiteren Faktoren beeinflusst: Beschäftigungsmöglichkeiten und die Verfügbarkeit von Wohnraum in der Ukraine, Angst vor möglicher Einberufung und Bedenken hinsichtlich des derzeitigen gesellschaftlichen Klimas, Korruption sowie das Ausmaß der Integration im Aufnahmeland.

In Deutschland stehen der rechtliche Status und die Integration ukrainischer Geflüchteter derzeit im Mittelpunkt der politischen Debatte. Befürworter einer restriktiveren Politik verweisen darauf, dass die Erwerbsquote ukrainischer Geflüchteter mit 36 % (Bundesagentur für Arbeit, Juli 2025) unter dem EU-Durchschnitt liegt und werten dies häufig als Beleg für eine übermäßige Inanspruchnahme sozialstaatlicher Leistungen. Solche Schlussfolgerungen ignorieren jedoch neuere Erkenntnisse, die zeigen, dass ukrainische Geflüchtete ihr Zielland überwiegend nach Beschäftigungsmöglichkeiten – nicht nach Sozialleistungen auswählen (Adema et al., 2025). Zudem blenden diese Argumente die unterschiedlichen Ansätze innerhalb der EU aus: In Ländern, die auf eine beschleunigte Integration in Niedriglohnsektoren setzen, sind höhere Erwerbsquoten unter ukrainischen Geflüchteten zu verzeichnen (Lashchuk, 2025).

Angesichts des anhaltenden Krieges, des mangelnden Vertrauens in die Tragfähigkeit eines möglichen Waffenstillstands, des Einflusses sozioökonomischer und institutioneller Faktoren auf Rückkehrabsichten, der derzeit begrenzten ukrainischen Aufnahmekapazitäten der Ukraine für die große Zahl von Rückkehrenden, des Auslaufens des Aufenthaltstitels nach § 24 AufenthG (vorübergehender Schutz) im März 2027 sowie der allgemeinen Unsicherheit ist davon auszugehen, dass ukrainische Geflüchtete verstärkt Asylanträge stellen werden – mit der Folge, dass eine Welle gleichzeitiger Einzelanträge die Kapazitäten des Asylsystems überlasten könnte. Zudem besteht die Gefahr wachsender Unzufriedenheit bei den für Asylsuchende zuständigen kommunalen und regionalen Behörden sowie in Teilen der deutschen Bevölkerung – zumal offizielle Narrative den jüngsten Rückgang der Asylantragszahlen als Vorzeigerfolg der aktuellen Regierungspolitik darstellen (Die Zeit, 2025). Darüber hinaus würde ein Asylstatus nachhaltige Rückkehrperspektiven erschweren: Er macht kurzfristige Besuche in der Ukraine nach dem Krieg, die für eine realistische Einschätzung von Reintegrationsmöglichkeiten und eine informierte, freiwillige Rückkehrentscheidung von zentraler Bedeutung sind, ohne Verlust des Aufenthaltstitels unmöglich.

1 UKRAINISCHE GEFLÜCHTETE BRAUCHEN RECHTSSICHERHEIT

Die Einführung des vorübergehenden Schutzstatus war eine schnelle und wirksame Reaktion auf die Flucht tausender Menschen infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Begünstigte haben Anspruch auf dieselben Leistungen wie deutsche Staatsangehörige – darunter Arbeitslosengeld, Wohngeld, Gesundheitsversorgung, Zugang zum Arbeitsmarkt, Integrationsmaßnahmen wie Sprachkurse, Kinder- und Elterngeld sowie Bildungsförderung.

WELCHE KONKRETEN MAßNAHMEN DIE BUNDESREGIERUNG IM RAHMEN DIESER EMPFEHLUNG ERGREIFEN WILL, IST FÜR UKRAINISCHE GEFLÜCHTETE WEITERHIN UNKLAR – INSBESONDERE MIT BLICK AUF ZENTRALE FRAGEN WIE DIE SICHERHEITSLAGE UND LEBENSGRUNDLAGEN IN DER UKRAINE

Laut Ausländerzentralregister (Mediendienst Integration, 2026) lebten zum 31. Dezember 2025 insgesamt 1.329.742 Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland. Davon standen 1.145.088 unter vorübergehendem Schutz, 57.283 besaßen eine Fiktionsbescheinigung (bei noch ausstehender Entscheidung über den Antrag), 55.970 hatten einen Antrag auf vorübergehenden Schutz gestellt, 31.508 einen Schutzantrag eingereicht, während 39.893 weder einen Antrag gestellt noch einen Aufenthaltstitel erhalten hatten. Unter den Erwachsenen sind rund 61 % Frauen. Knapp 360.000 sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.

Diese beispiellose Ausweitung von Rechten – die in dieser Form Geflüchteten keines anderen Herkunftslandes gewährt wurde – hat jedoch die grundlegende Unsicherheit hinsichtlich eines langfristigen Aufenthaltsstatus nicht beseitigt. Nach vier Jahren Krieg und wiederholten Verlängerungen des vorübergehenden Schutzes, der derzeit bis zum 4. März 2027 befristet ist, bleiben die langfristigen Bleibeperspektiven ukrainischer Geflüchteter ungewiss. Diese anhaltende Rechtsunsicherheit sorgt für tiefe Verunsicherung. Eine betroffene Person brachte es so auf den Punkt:

Ich fühle mich unsicher wegen meines Status. Ich weiß nicht, was als Nächstes passiert, welche neuen Regeln noch kommen werden. Heute helfen sie uns, aber morgen könnten sie uns einfach vor die Tür setzen (Interview, Deutschland, Juli 2025).

Die Empfehlung des Rates der Europäischen Union vom September 2025 zu einem koordinierten Übergang aus dem vorübergehenden Schutz überlässt zentrale Entscheidungen

den einzelnen Mitgliedstaaten, ohne verbindliche einheitliche Standards festzulegen. Welche konkreten Maßnahmen die Bundesregierung im Rahmen dieser Empfehlung ergreifen will, ist für ukrainische Geflüchtete weiterhin unklar – insbesondere mit Blick auf zentrale Fragen wie die Sicherheitslage und Lebensgrundlagen in der Ukraine. Eine befragte Person schilderte ihre Lage so:

Mein Mann und ich haben alles verloren – unser Eigentum, unser Unternehmen, und unsere Stadt ist besetzt. Wenn die Besatzung andauert, wohin sollen wir zurückkehren? Was sollen wir in der Ukraine tun? Aber auch hier in Deutschland wissen wir nicht was 2027 passiert. Diese Ungewissheit macht uns große Angst (Interview, Deutschland, Oktober 2025).

Um einer möglichen Krise im Jahr 2027 vorzubeugen – wenn das Auslaufen des vorübergehenden Schutzes zu einem starken Anstieg von Asylanträgen führen und damit den eigentlichen Zweck der EU-Richtlinie untergraben könnte – sollte die Bundesregierung dringend klare und verlässliche rechtliche Bedingungen für ukrainische Geflüchtete schaffen. Transparente Kriterien für den Erwerb längerfristiger Aufenthaltstitel und, wo möglich, Zugang zu dauerhaften Aufenthaltstiteln oder anderen nachhaltigen Schutzformen würden einer Überlastung der Systeme durch einen Beantragungswelle anderer Aufenthaltstitel entgegenwirken. Ein solcher Ansatz entspräche zugleich den erklärten Prioritäten der Bundesregierung die Effizienz der Verwaltung zu wahren und das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Migrationspolitik zu erhalten. Auch wenn die Entwicklung hin zu einem dauerhaften Frieden in der Ukraine ungewiss bleibt, sind verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen von zentraler Bedeutung, um Stabilität, Planungssicherheit und ein Leben in Würde zu gewährleisten.

2 DIE INTEGRATION UKRAINISCHER GEFLÜCHTETER IN DEN ARBEITSMARKT IST EIN GEWINN FÜR ALLE

Ukrainische Geflüchtete sind vergleichsweise gut ausgebildet und verfügen über einschlägige Berufserfahrung. Das stellt einerseits ein wertvolles Potenzial für den deutschen Arbeitsmarkt dar – insbesondere angesichts des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels. Ohne Zuwanderung wird das Arbeitskräftepotenzial bis Mitte der 2030er Jahre voraussichtlich um 7,9 Millionen zurückgehen (Destatis, 2025), während die Fachkräftesituation angespannt bleibt – mit rund 391.000 Stellen unbesetzten Stellen bis Juni 2025 (Tiedemann & Kunath, 2025). Andererseits erhöht die Unterstützung von Geflüchteten bei der Verwirklichung ihrer Lebensziele ihre Integrationschancen und die Wahrscheinlichkeit einer erfolgreichen, selbstbestimmten Rückkehr in der Zukunft (Dinçer et al., 2025). Im Jahr 2023 hat die Bundesregierung das Programm

„Job-Turbo“ aufgelegt, um die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten durch gezielte sprachen- und berufsbezogene Qualifizierung, Kooperationen mit Arbeitgebern sowie flexible Einstellungsanreize zu beschleunigen.

Gleichzeitig bestehen für ukrainische Geflüchtete erheblichen Hürden in Bezug auf ihre erfolgreiche Integration in den deutschen Arbeitsmarkt. Für viele ist es schwer, eine ihrer Qualifikation entsprechende Beschäftigung zu finden. Eine befragte Person berichtet:

Ich möchte arbeiten, und alle Ukrainerinnen und Ukrainer, die ich kenne, wollen das auch. Alle suchen, aber nur wenige finden hier in Deutschland eine Stelle in ihrem Beruf (Interview, Deutschland, September 2025).

Einige Befragte berichteten von Fällen, in denen Jobcenter ukrainische Geflüchtete trotz ihres beruflichen Hintergrunds dazu drängten, Tätigkeiten anzunehmen, die nicht ihrem Qualifikationsniveau entsprachen. Eine Person erklärte:

Das Job Turbo Programm wurde zu früh gestartet – viele von uns, mich eingeschlossen, wollten zunächst das nächste Niveau unserer Sprachkurse erreichen, als das Jobcenter uns aufforderte, Jobs deutlich unter unserem Qualifikationsniveau anzunehmen (Interview, Deutschland, Oktober 2025).

In anderen Fällen wird Geflüchteten, die einen vorübergehenden Schutz (§ 24 AufenthG) besitzen, der Wechsel zu Aufenthaltstiteln zu Erwerbszwecken verwehrt, gerade weil ihre aktuelle Beschäftigung nicht den in ihren Abschlüssen ausgewiesenen Qualifikationen entspricht.

Die hohen Einkommensanforderungen für bestimmte Aufenthaltstitel zu Erwerbszwecken stellen für viele Geflüchtete eine erhebliche Hürde dar – insbesondere für Frauen, die Kinder betreuen oder schulpflichtige Kinder haben und die einen beträchtlichen Anteil der ukrainischen Geflüchteten in Deutschland ausmachen. Unzureichende Praxis im deutschsprachigen Arbeitsumfeld hindert viele Arbeitssuchende daran, die von Arbeitgebern geforderten sicheren Sprachkenntnisse nachzuweisen. Auch die Komplexität und mangelnde Transparenz bürokratischer Abläufe schreckt viele Geflüchtete davon ab, den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen – selbst wenn sie dies anstreben. Eine befragte Person formuliert es so:

Es ist wichtig, dass die Deutschen uns nicht nur als Empfangende von Sozialleistungen sehen, sondern auch als verantwortungsvolle Steuerzahlende und erfolgreiche Mitglieder der Unternehmerschaft (Interview, Deutschland, September 2025).

Diese strukturellen Hürden beeinträchtigen nicht nur eine effektive Integration, sondern legen auch Schwachstellen im Job-Turbo-Programm offen. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat zudem festgestellt, dass das Programm eine schnelle Arbeitsvermittlung priorisiert und damit dem Grundgedanken des Bürgergeldes zuwiderläuft, das darauf abzielt, Menschen bei der Suche nach einer langfristigen, qualifikationsgerechten Beschäftigung zu unterstützen. Zwar kann ein solcher Ansatz die Beschäftigungszahlen kurzfristig verbessern, zugleich verstärkt er prekäre Niedriglohnarbeit, die keine nachhaltige Integration ermöglicht. Das führt zu einem Teufelskreis: Wer schnell in eine nicht passende Stelle vermittelt wird, kündigt häufig oder verliert seine Stelle – aus Unzufriedenheit, aufgrund mangelnder Qualifikation oder unzureichenden Sprachkenntnissen – und beantragt anschließend erneut Leistungen nach § 24 AufenthG. Gleichzeitig stellen politische Narrative Geflüchtete häufig als „Nutznießer“ des Sozialstaats dar und führen dies auf eine angebliche Arbeitsunwilligkeit zurück, anstatt strukturelle politische Defizite anzusprechen, die den Zugang zu qualifizierter und stabiler Beschäftigung erschweren.

POLITISCHE NARRATIVE (STELLEN) GEFLÜCHTETE HÄUFIG ALS „NUTZNIEßER“ DES SOZIALSTAATS DAR UND FÜHREN DIES AUF EINE ANGEBLICHE ARBEITSUNWILLIGKEIT ZURÜCK, ANSTATT STRUKTURELLE POLITISCHE DEFIZITE ANZUSPRECHEN, DIE DEN ZUGANG ZU QUALIFIZIERTER UND STABILER BESCHÄFTIGUNG ERSCHWEREN.

Um das Potenzial ukrainischer Geflüchteter für den deutschen Arbeitsmarkt voll auszuschöpfen, muss Deutschland von der gleichzeitigen Verfolgung zweier widersprüchlicher Ansätze – schneller Arbeitsvermittlung und nachhaltiger Integration – abrücken. Stattdessen sollte eine langfristige, qualifikationsgerechte Integration im Vordergrund stehen. Erfahrungen aus der Integration anderer Schutzsuchender zeigen, dass eine umfassende Integrationsstrategie der Bundesregierung zu nachhaltigeren Arbeitsmarktergebnissen führt (Kosyakova et al., 2024). Darüber hinaus sollte der Staat strukturelle Hürden abbauen – etwa durch die Absenkung der Mindestgehaltsgrenze für die Blaue Karte der EU für vulnerable Gruppen wie alleinerziehende Mütter mit unterhaltsberechtigten Kindern. Die Wiederauflage eines Förderprogramms, das Geflüchtete auf dem Weg in die Selbstständigkeit unterstützt, könnte unternehmerisches Potenzial erschließen und die Abhängigkeit von Sozialleistungen verringern. Schließlich würde die Aufnahme der Ukraine in die Liste der Länder, die von der Vorrangprüfung ausgenommen sind (§ 26 Abs. 1 BeschV), den Zugang zum Arbeitsmarkt für ukrainische Geflüchtete erheblich erleichtern. Ein solcher Politikwechsel würde einen wirksameren Integrationsrahmen schaffen – zum Nutzen sowohl der Geflüchteten als auch des deutschen Arbeitsmarktes.

3 GEZIELTE KOMMUNIKATION KANN RISIKEN MINDERN

Seit Beginn des Krieges haben deutsche Behörden substanzielle Maßnahmen ergriffen, um ukrainischen Geflüchteten den Zugang zu Informationen zu erleichtern. Das Bundesministerium des Innern (BMI) und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) haben gemeinsam ein zentrales Online-Portal eingerichtet, das umfassend über den vorübergehenden Schutz für Ukrainerinnen und Ukrainer informiert. Die Bundesagentur für Arbeit stellt auf einer eigenen Website detaillierte Informationen zum Arbeitsmarktzugang und zu bestehenden Förderprogrammen bereit. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat das Job-Turbo-Programm aktiv beworben.

Gleichzeitig berichten Befragte von anhaltenden Lücken bei zeitnahen und detaillierten Informationen zu Programmanforderungen oder politischen Änderungen. Diese Unklarheiten führen zu weit verbreiteter Frustration und Verunsicherung. Eine befragte Person schilderte beispielsweise kurzfristige, nicht kommunizierte Änderungen bei der Zulassung zu Sprachkursen:

Kürzlich wurden kostenlose C1-Sprachkurse auf wenige Berufsgruppen beschränkt. Ich habe keine offizielle Mitteilung erhalten – nur Gerüchte. Als ich davon erfuhr, war es bereits zu spät, mich anzumelden (Interview, Deutschland, Oktober 2025).

Auch widersprüchliche Informationen zum Arbeitsmarkt lassen viele an der Sinnhaftigkeit ihrer Qualifikationsmaßnahmen zweifeln. Eine weitere befragte Person berichtet:

Ich habe acht Monate lang eine staatlich geförderte Ausbildung zur Kinderpflegerin gemacht – ein Bereich, in dem mir Fachkräftemangel attestiert wurde. Ich habe den Kurs abgeschlossen, finde aber keine Stelle. Jetzt heißt es, es gebe zu viele Assistenzkräfte und zu wenig voll ausgebildete Fachkräfte. Das hat mir niemand offiziell gesagt. Ich habe acht Monate investiert – und dann höre ich, dass Deutschland Tausende Euro für Programme verschwendet, die keine Jobs bringen. War das alles umsonst? (Interview, Deutschland, Oktober 2024).

Der Mangel an zugänglichen Informationen betrifft auch bürokratische Abläufe – viele Geflüchtete haben Schwierigkeiten, sich in den rechtlichen und verwaltungstechnischen Anforderungen zurechtzufinden. Eine befragte Person beschreibt dies wie folgt:

Ich weiß nicht, an wen ich mich bei Fragen zur Bürokratie oder meinen Dokumenten wenden soll – und private Anbieter verlangen Geld dafür (Interview, Deutschland, März 2025).

Viele Geflüchtete haben Berichte über neue Regelungen für Einreisen nach dem 1. April 2025 zunächst als Fehlinformation abgetan – sie wussten nichts von der entsprechenden Koalitionsvereinbarung oder zweifelten daran, dass Deutschland rückwirkende Änderungen einführen könnte. Ohne klare offizielle Kommunikation verbreiten sich Gerüchte und nicht verifizierte Informationen – auch online – schnell innerhalb der ukrainischen Community, was Unsicherheit und Verunsicherung weiter verstärkt.

Dies führt auf allen Seiten zu zusätzlichem bürokratischen Aufwand und Frustration: Unklare Regelungen ziehen wiederholte Anfragen und Behördengänge nach sich und treiben damit die Verwaltungskosten in die Höhe. Um diesen Risiken zu begegnen, sollte die Bundesregierung zeitnah neue Kommunikationskanäle etablieren, die sicherstellen, dass ukrainische Geflüchtete verlässliche, aktuelle und leicht zugängliche Informationen erhalten. Dies könnte durch die Nutzung bestehender digitaler Infrastrukturen erreicht werden – etwa durch den Versand gezielter Newsletter und Benachrichtigungen direkt an die persönlichen Online-Konten bei Jobcentern und Sozialämtern, die bereits für Leistungsbezug und -dokumentation genutzt werden. So ließen sich offizielle Informationen direkt zustellen, und Geflüchtete wären weniger auf inoffizielle Quellen angewiesen. Darüber hinaus sollten Mittler, denen Geflüchtete vertrauen – aus der ukrainischen Community, NGOs, dem Refugee Advisory Board Deutschland sowie Mitgliedern von Ausländer- und Integrationsbeiräten (wo vorhanden) – eingebunden werden, um die Kommunikation zwischen staatlichen Stellen und Geflüchteten zu verbessern. Durch diese Partnerschaften könnten offizielle Informationen verständlich aufbereitet, Fehlinformationen korrigiert und Betroffene kultursensibel unterstützt werden. Zudem sollten klar benannte Anlaufstellen innerhalb der Behörden geschaffen werden, die Fragen zu Verwaltungsverfahren, Dokumenten und Zugangsbedingungen beantworten – und so Geflüchteten verlässliche Orientierung bieten.

Bibliographie

- Adema, J., Chargaziia L., Giesing Y., & Poutvaara P. (2025). Refugees from Ukraine value job opportunities over welfare. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 122(32), <https://doi.org/10.1073/pnas.2502420122>
- DIE ZEIT (August 2025). CDU-Landesparteitag: Merz Wertet Rückgang der Asylbewerberzahlen als Eigenen Verdienst. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2025-08/cdu-landesparteitag-nrw-friedrich-merz-migrationspolitik>
- Dinçer, O.B., Vollmer, R., Şahin-Mencütek, Z., & Engelberth, S. (2025). *Syrian Refugee Returns: What Policy Must Do* (bicc policy brief). bicc. <https://doi.org/10.60638/24cn-nj64>
- Kosyakova, Y., Gatskova, K., Koch, T., Adunts, D., Braunfels, J., Goßner, L., Konle Seidl, R., Schwanhäuser, S., & Vandenhirtz, M. (2024). *Labour market integration of Ukrainian refugees: An international perspective* (IAB-Research Report, 16/2024). Institute for Employment Research of the Federal Employment Agency. <https://doi.org/10.48720/IAB.FB.2416EN>
- Lashchuk, I. (2025). From Displacement to Employment. Comparing the Labor Market Integration of Ukrainian Women in Poland, Italy and Germany (MIDEM-Policy Paper 2025-1). MIDEM. https://forum-midem.de/wp-content/uploads/2025/01/TUD_MIDEM_PolicyPaper_2025-1_From-Displacement-to-Employment_.pdf
- Leko, J., Lewicki, A., Panagiotidis, J., & Petersen, H. (December 2025). *Diskriminierung von Menschen aus dem östlichen Europa. Das Jobcenter als Schnittstelle zwischen Arbeitsmarkt und Wohlfahrtsstaat*. Antidiskriminierungsstelle des Bundes. https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Expertisen/studie_jobcenter.pdf?__blob=publicationFile&v=2
- Der Mediendienst Integration (January 2026). *Wie viele Flüchtlinge aus der Ukraine leben in Deutschland?* <https://mediendienst-integration.de/fluechtlinge/ukrainische-fluechtlinge-in-deutschland/wie-viele-fluechtlinge-aus-der-ukraine-leben-in-deutschland/>
- Statistisches Bundesamt (Destatis 2025). 15. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung: Annahmen und Ergebnisse. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/begleitheft.html?nn=639732#ergebnisse>
- Tiedemann, J. & Kunath, G. (2025). *Fachkräftereport Juni 2025: Verkehrsbetriebe zwischen Personalmangel und Finanzierungsfragen*. Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung. <https://www.iwkoeln.de/studien/jurek-tiedemann-gero-kunath-fachkraeftereport-juni-2025-verkehrsbetriebe-zwischen-personalmangel-und-finanzierungsfragen.html>

Impressum

BICC – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1, 53121 Bonn, Germany

KONTAKT

Elvan Isikozlu
Head of Advice & Scientific Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0)228 911 96-54

LEKTORAT: Heike Webb

LAYOUT: Heike Webb

EDITORIAL DESIGN: Verena Krautter/bicc

TITELFOTO: Notiz einer Person zur Flucht über 1.356 km von Kyjiw nach Berlin;
Museum of Civilian Voices, Kyjiw, 2025; Inna Şupac/bicc

DRUCK: Köllen Druck + Verlag GmbH, Bonn

VERÖFFENTLICHUNG: April 2026

<https://doi.org/10.60638/yqe1-7z81>

Dieser *policy brief* des bicc ist ein Ergebnis des Projekts „Return and Belonging—Notions of Return After Conflict-induced Displacement“, das durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert wird. Die zugrunde liegende Forschung beruht auf 100 leitfadengestützten Tiefeninterviews, die zwischen Oktober 2024 und Oktober 2025 mit geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainern in Deutschland, Polen und der Republik Moldau sowie mit Binnenvertriebenen und Rückkehrenden in der Ukraine geführt wurden. Die Forschung umfasste darüber hinaus 75 Expert:inneninterviews (darunter Behördenvertreter:innen, Forschende und Vertreter:innen der Zivilgesellschaft), zwei Fokusgruppen sowie mehrere Forschungsreisen – darunter zwei Reisen in die Ukraine. Alle in diesem *policy brief* geäußerten Ansichten liegen in der alleinigen Verantwortung der Autorin und sind weder dem BMZ noch einer anderen Institution oder Person zuzuschreiben.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

Die Institute der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft werden vom Land NRW institutionell gefördert



